

1 Euro und EU am Abgrund, Teil 7

1.1 Den „Euro verteidigen, was immer es kosten mag“¹?

Das Verhalten der Euro-Fetischisten gleicht dem der kommunistischen Dogmatiker, die nicht wahr haben wollten, daß ihre Planwirtschaft mit der Marktwirtschaft nicht Schritt halten konnte. Am Ende kam doch der Zusammenbruch.

Von Hermann Patzak

Das Auseinanderdriften der Euro-Volkswirtschaften nach der Einführung der gemeinsamen Währung beweist, daß die Euro-Vision ein Trugbild war. Trotzdem will Europas Polit-Kaste ihre Europhilie nicht aufgeben. Es geht ihnen aber schon lange nicht mehr um die Stabilität des Euro, wie sie bisher immer vorgegeben haben, es geht ihnen um den Euro selbst. Spätestens seit Ende April 2010 hat sich diese Sorge in den Köpfen des europäischen Polit-Establishments festgesetzt. Aber die großen Polit-Lenker in Deutschland und Europa waren bisher zu feige, dies zuzugeben.² Sie nennen das Gesetz zur Rettung Griechenlands vor dem Bankrott „Gesetz zum Erhalt der Stabilität der Währungsunion“. Es wird aber weder Griechenland vor dem Bankrott, noch den Euro vor dem Untergang retten. Erst in der kurzfristig einberufenen Notkonferenz am Wochenende vom 8-9. Mai 2010 waren der EU-Kommissionspräsident Barroso, der Französische Staatspräsident Sarkozy und auch Bundeskanzlerin Merkel so weit in die Enge getrieben, daß sie offen bekennen mußten, um das Weiterbestehen des Euro und der EU kämpfen zu müssen. Barroso tönte: „*Wir werden den Euro verteidigen, was immer es kosten mag*“; Nicolas Sarkozy posaunte im Feldherren-Ton: „*Wir werden die Spekulanten ohne Gnade bekämpfen*“. Die Deutsche Kanzlerin Merkel gestand kleinlaut: „*Wir haben festgestellt daß es ein hohes Maß an Spekulationen gegen den Euro gibt, weshalb wir uns auf ein Gemeinschaftsinstrument geeinigt haben, um uns zu wehren*“.

Das sind große Worte, aber Fakt ist, daß das starrsinnige Beharren auf der Lebenslüge „Euro“ die EU-Bürger und vor allem die Deutschen noch viel mehr kosten wird als sie in den vergangenen Jahren für den Euro aufbringen mußten, den sie nie wollten. Sie taten das in der Vergangenheit und auch in der nächsten Zukunft für das visionäre Götzenbildnis „Euro“, das ihre Politiker anbeten. Man redet uns ein, wir müßten diese Opfer für den Frieden und das Zusammenwachsen der Völker in Europa erbringen. Wer auf die Fakten des mißratenen Euro-Abenteuers hinweist, wird als Aussätziger, wenn nicht gar als Verfassungsfeind ausgegrenzt.

Aber je hartnäckiger sie die Realität leugnen und je größer ihre Rettungsversuche werden, desto deutlicher zeichnet sich die Vergeblichkeit des Bemühens ab. Die Entwicklung wird das Ende einer unseligen Nachkriegsepoche in Deutschland und ihres Politpersonals besiegeln. Endlich!

¹ So formulierte es EU-Kommissionspräsident Barroso am 08.05.2010 (FAZ, 10.05.2010, Seite 1).

² Sogar die staatstragenden Medien können das Jahrhundertproblem nicht mehr leugnen, so titelte „Der Spiegel“ seine Ausgabe vom 03.05.2009: „**Euroland, abgebrannt**“ Ein Kontinent auf dem Weg in die Pleite und Winand von Petersdorff formulierte in Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 02.05.2010, Nr. 17 / Seite 41 „Ist der Euro noch zu retten?“.

1.1 Der Untergang nimmt Fahrt auf

Registrieren wir noch einmal die letzten Entwicklungen: Der Untergang des Euro hat sich enorm beschleunigt. Als der Zyklus „EU und Euro am Abgrund“ am 07.03. 2010 auf dieser Weltnetzseite www.hpatzak.de mit dem ersten Artikel erschien, hieß der Titel: „Die Ruhe vor dem Sturm“. Jetzt, Anfang Mai 2010, ist der Sturm ausgebrochen und schwillt zum Orkan an, und er wird Europa und die Welt verändern!

Halten wir uns die Untergangszeichen der letzten Wochen in einer kurzen Chronologie noch einmal vor Augen:

Die Zinssätze für griechische Anleihen stiegen explosionsartig. Am Dienstag, den 27. 04. meldeten die Zeitungen einen Anstieg der Zinsen für griechische Staatsanleihen von 13 Prozent auf 18,8 Prozent, doch in den Abendnachrichten wurde bereits ein Zinssatz von 22,6 Prozent genannt, der Höchststand war mit 25 Prozent erreicht, momentan hat er sich bei 15 Prozent eingependelt. Doch die Entwicklung ist noch lange nicht zu Ende. Es kam ans Tageslicht, daß die Nettostaatsverschuldung Griechenlands nicht 12,7, sondern 13,6 Prozent (bezogen auf das griechische Bruttoinlandsprodukt) beträgt und der Anteil könnte durchaus noch auf 15 Prozent steigen, berichteten die Medien³. Die Bezahlung der griechischen Staatsschulden, die von den EU-Ländern im Jahr 2010 übernommen werden soll, beträgt vorerst 30 Mrd. Euro, der IWF soll 15 Mrd. zusätzlich übernehmen, das sind also 45 insgesamt Mrd. Euro. Die Gesamtsumme der zu übernehmenden griechischen Staatsschulden in den Jahren 2010 – 2012 wird heute auf 120 Mrd. Euro veranschlagt. Auch diese Zahl wird noch steigen. Im Deutschen Finanzministerium ist die Rede von 150 Mrd.

Am Wochenende vom 8 zum 9. Mai, als die Deutsche Kanzlerin es sich nicht nehmen ließ, an den Siegesfeiern der russischen Politschickeria über Deutschland (heutiger Jargon: Nazideutschland) teilzunehmen, wurde Deutschland vom Französischen Staatspräsidenten die nächste Niederlage zugefügt. Diesmal kann man nicht mehr leugnen, daß sie den Deutschen – und nicht den Nazis – gilt: EU-Kommission, IWF und die Euro-Länder stellen einen Kredit in Höhe von insgesamt 720 Mrd. Euro für die nächsten „Schuldensünder“ bereit. Deutschland soll dabei mindestens 123 Mrd. Euro beisteuern. Doch Deutschland ist auch am IWF und den Geldern der EU-Kommission beteiligt. Und die EZB wurde verpflichtet, die Staatsschulden der Länder Spanien, Portugal, Italien und Irland und weiterer Insolvenz-Kandidaten direkt (gegen Ausgabe von Euro-Scheinen) aufzukaufen. Auch neue Staatsschulden werden aufgekauft, natürlich zu niedrigeren Zinsen, als der Kapitalmarkt verlangen würde. Für die klammen Staaten wird das Schuldenmachen billiger. Die Inflation kann damit beginnen!

1.2 Wie sind die Geschehnisse zu deuten?

Die Bürger – nicht nur die Deutschen – können dem nur ungläubig zuschauen, sie können sich noch gar nicht vorstellen, was jetzt auf sie zukommen wird: **Doppelte Enteignung ist angesagt!** Einmal durch Inflation und zusätzlich durch einen erzwungenen Schuldenerlaß. Denn die Schulden der Griechen sind bereits viel zu groß, um sie bei weiter sinkendem BIP abbezahlen zu können. Die solidarischen Euro-Regierungen übernehmen mit ihren Staatsgarantien für die neuen Staatsschulden Griechenlands die ursprünglichen Forderungen von Banken, Versicherungen und Pensionsfonds und halsen sie ihren Steuerzahlern auf. Sie haben am Ende die unvermeidbaren Abschreibungen zu

³ Siehe z.B. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.04.2010 Seite 13.

tragen und nicht die internationale Finanzindustrie, die in den guten Jahren zuvor die Renditen eingestrichen hat.

Doch müssen die Steuerzahler am Ende wirklich zur Kasse gebeten werden? Haben nicht die Fachleute von IWF, EZB und EU-Kommission in gemeinsamer Arbeit mit den griechischen hohen Beamten des Finanzministeriums einen tragbaren Rettungsplan ausgearbeitet auf den sich Regierungen und ihre Bürger verlassen können? Das ist nicht der Fall, denn jetzt kommt ans Tageslicht, daß die IWF-Experten selbst skeptisch sind⁴, daß die Sanierung Griechenlands gelingen könne. Am 14.05.10 bekannte sogar Josef Ackermann, der Chef der Deutschen Bank, daß Griechenland seine Schulden wahrscheinlich nicht werde bezahlen können⁵.

Momentan kann der Griechische Staat das sowieso nicht. Er ist pleite, er kann weder seine fälligen Schulden (Tilgung), noch die Zinsen bezahlen, für die laufenden Ausgaben muß er sogar zusätzliche Schulden aufnehmen. Für alle drei Ausgabenbereiche braucht er zusätzliches Geld. Das wird jetzt von den anderen Euro-Ländern aufgebracht (deren Banken, in Deutschland ist es die KfW) und ebenso vom IWF, an dem auch Deutschland entsprechend seiner Wirtschaftsleistung beteiligt ist. Mit der jetzigen Kreditgewährung durch IWF und die Euro-Länder werden die griechischen Schulden nicht geringer. Im Gegenteil, sie werden bis zum Jahr 2013 von 273 auf 356 Mrd. Euro, also um 83 Mrd. Euro steigen, wie der IWF ermittelt hat.⁶

1.3 Wie soll Griechenland die Schulden je bezahlen können?

Eine Rückzahlung und damit Verminderung des gesamten Schuldenberges kann nur erfolgen wenn

- (1) der Staat Griechenland seine Staatsausgaben verringert, oder
- (2) wenn das griechische Bruttoinlandsprodukt und damit die künftigen Steuereinnahmen steigen oder
- (3) wenn durch eine Erhöhung der Steuersätze die Steuereinnahmen steigen.

Die von der EU den Griechen auferlegte Haushaltssanierung setzt bei Punkt 1 und Punkt 2 an. Die Griechische Regierung mußte sich verpflichten, ein Programm zur Verringerung der Staatsausgaben und zur Erhöhung der Steuern auszuarbeiten. Das hat sie getan und es wurde allgemein begrüßt und für gut befunden, von der EU-Kommission und den Regierungen der EU-Länder – insbesondere der deutschen. Das war unverantwortlich, denn dieses rigorose Sparprogramm, sofern es gegenüber der Bevölkerung in Griechenland überhaupt politisch durchsetzbar ist, hat erhebliche **Auswirkung** auf Punkt 2: **das griechische Bruttoinlandsprodukt**. Sowohl die Staatsausgabeminderung als auch die Steuererhöhung haben zur Folge, daß das BIP sinken wird. Wie groß dieser Einbruch sein wird, das könnte man durchaus näherungsweise berechnen. Doch über das künftige Wirtschaftswachstum Griechenlands hat man aber weder von den großen internationalen Institutionen (IWF, Weltbank, BIZ), den zuständigen EU-Behörden (EU-Kommission und EZB) oder von den deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen

⁴ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.05.2010, Seite 11, dort kann man lesen, „der IWF zeigt sich unterdessen keineswegs davon überzeugt, daß Griechenland der Weg aus der Schuldenkrise gelingen werde“ und weiter: „die IWF-Mitarbeiter sehen in dem Bericht nur eine „hohe Wahrscheinlichkeit, daß Griechenland als Folge des Anpassungsprogramms seine Staatsschuld auf ein tragbares Niveau bringt“.

⁵ Mittagsnachrichten ARD, Erstes Programm.

⁶ Siehe ebenda.

Forschungsinstituten etwas vernommen. Das ist sonderbar! Daß die griechische Wirtschaft unter der Last der Einsparungen und im Umfeld der weltweiten Rezession gehörig einbrechen muß, darüber sind sich alle renommierten Ökonomen einig. Doch das Ausmaß dieses Einbruchs ist entscheidend für die Frage, ob die neuen Gläubiger (Steuerzahler der Euro-Länder) ihre Kredite zurückbekommen werden. Verschaffen wir uns eine Vorstellung von den Größenordnungen um die es geht. Wie war die Wirtschaftsentwicklung in Griechenland und Deutschland in den letzten Jahren?⁷

Land und WachstRate	Jahre											% -Änd.	% Ø
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009			
BIP Griechenland	137,9	146,4	156,6	172,4	185,8	195,4	210,5	226,4	239,1	237,5	72,18%	8,02%	
WachstRate		6,16%	6,96%	10,10%	7,76%	5,14%	7,73%	7,59%	5,61%	-0,69%			
BIP Deutschland	2.062,5	2.113,2	2.143,2	2.163,8	2.210,9	2.242,2	2.325,1	2.428,2	2.495,8	2.407,2	16,71%	1,86%	
WachstRate		2,46%	1,42%	0,96%	2,18%	1,42%	3,70%	4,43%	2,78%	-3,55%			

Die nachstehende Tabelle zeigt, daß das BIP in Griechenland stark gewachsen ist. Vom Jahr 2000 bis 2009 um 72,2 Prozent. In Deutschland betrug die Steigerung in diesem Zeitraum nur 16,7 Prozent. Im Durchschnitt waren das für Griechenland jährlich 8,02 Prozent und für Deutschland 1,86 Prozent. Diese Tatsache sei vor allem jenen Ökonomen, Journalisten und Politikern hinter die Ohren geschrieben, die landauf und landab die Mär erzählen, Deutschland und die Deutschen seien der Haupt-Profiteur der EU und des Euro. Sie verwechseln, bewußt oder aus purer Dummheit, die Gewinnsteigerungen des in Deutschland ansässigen internationalen Finanzkapitals und der hiesigen Exportindustrie – beide sind in den vergangenen Jahrzehnten großen Teils in den Besitz des internationalen Finanzkapitals übergegangen – mit dem Wohlergehen des Deutschen Volkes!

Auch die deutschen Medien, die sonst immer voll Stolz auf ihre Aufgabe als Kontrollorgan für Exekutive, Judikative und Legislative verweisen, übergehen diese Tatsache komplett. Warum wird den Deutschen stets eingeredet, daß sie die Nutznießer des Euro seien, wenn es da andere Volkswirtschaften in Euroland gibt (nicht nur Griechenland), die ein weit größeres Wirtschaftswachstum seit Einführung des Euro aufweisen als Deutschland?

Die Tabelle zeigt auch, daß das BIP im Jahr 2009 in beiden Ländern gesunken ist. In Deutschland mit -3,55 Prozent stärker als in Griechenland mit -0,69 Prozent. Für einen Staat mit hohen Schulden ist dies von besonderer Bedeutung, denn dadurch gerät die Tilgung der Schulden und die Bezahlung der Schuldzinsen in Gefahr.

⁷ Zahlen aus Eurostat: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tec00001>

Die Wachstumsraten machen deutlich, daß die Griechische Regierung in dem vergangenen Jahrzehnt nicht nur mit gefälschten Statistiken ihre Partnerländer betrogen hat, von denen sie jetzt Solidarität verlangt, sie benutzte ganz regulär die EU-Nettozuweisungen, um die Staatsausgaben zu erhöhen, konnte sie doch bei der Kreditnahme auf diese Nettozahlungen als Sicherheit verweisen. Die zusätzlichen EU-Mittel und die Freigiebigkeit der um Wählerstimmen gierenden Parteien bei der Subventionierung von Haushalten und Unternehmen hatten weiterhin zur Folge, daß die Sparquote in Griechenland negativ wurde, d.h. die Griechen konsumierten mehr als sie selbst erzeugten. Das mag bei einer Imperialmacht wie den USA, deren Währung als Weltzahlungsmittel weltweit benutzt wird, funktionieren – zumindest eine Zeitlang. Bei einem Staat, der keine eigene Währung hat, mußte das aber katastrophale Folgen haben. Warum ist das so?

Für ihre permanenten und anwachsenden Importüberschüsse konnte Griechenland nicht mehr durch Abwertung der eigenen Währung abgestraft werden, weshalb sich das reale Austauschverhältnis von Gütern und Leistungen, die Volkswirte nennen das „Terms of Trade“, ständig verbesserte. Die Griechen bekamen für einen Euro weit mehr als zuvor, als ihr Drachme ständig an Wert verlor. Umgekehrt hat sich für die deutschen Griechenlandurlauber z.B. der Urlaub stetig verteuert, ebenso wie sonstige (aus Griechenland mögliche) Exporte nach Deutschland und in die anderen EU-Länder. Ein weiterer Nebeneffekt war, daß sich für die Griechische Regierung die Kreditaufnahme immens verbilligte. Bevor die Griechen den Euro bekamen, mußte die Regierung für ihre Staatsschulden schon damals jene Zinssätze akzeptieren, die ihnen die Spekulanten heute wieder aufzwingen. In den ersten Jahren Euro-Jahren zahlten sie nicht mehr als die Deutsche Regierung zahlen mußte. Nehmen wir der einfachen Rechnung wegen für unsere weiteren Analysen an, der Zinssatz habe damals für alle Euro-Staaten drei Prozent betragen und kommen wir auf das Problem: Die Griechen – Staat, Unternehmen und Haushalte haben ihren Wohlstand durch den Euro enorm verbessern können, aber sie mußten sich zu diesem Zweck auch enorm verschulden. Der griechische Staat fing damit an: Bei einem dreiprozentigen Fremdkapitalzins und den verlockenden Wachstumsraten von sieben bis acht Prozent – die ja auch tatsächlich realisiert wurden, wie obige Tabelle zeigt – stellte die steigende Staatsverschuldung eine unwiderstehliche Verlockung zur Schuldenaufnahme dar. Internationale Geldinstitute, wie Goldman-Sachs, aber auch die Deutsche Bank, lieferten den Griechen das „Know-how“ oder sagen wir, das kriminelle Wissen, die hohe Schuldaufnahme zu kaschieren. Ein Übriges tat eine verantwortungslose EU-Kommission, die als Kontrollorgan für die Einhaltung der Stabilitätskriterien die offenkundig gefälschten Haushaltszahlen der Griechischen Regierungen über ein ganzes Jahrzehnt hinweg angeblich nicht gemerkt hat. Worin bestand nun der Trick der Griechischen und der anderen Regierungen im Euroland, die sich hoch verschuldeten?

1.4 Wieso kann man mit Schulden reich werden?

Bei Wachstumsraten, wie sie Griechenland und andere durch die EU-Nettozahlungen bevorzugte Euro-Länder (z.B. Irland mit einem durchschnittlichen Wachstum von 6,22 Prozent oder Spanien mit 7,42 Prozent⁸) erwarten durften, konnten sich die jeweiligen Regierungen gelassen mit hohen Schulden eindecken. Den Trick, mit Schulden „Profite“

⁸ Zahlen aus Eurostat, a.a.O.

zu machen, hatten die Private - Equity Unternehmen (Heuschrecken) vorgemacht. Für beide Fälle (Heuschrecken und Staat) gilt: Solange die Fremdkapitalzinsen niedriger sind als die Gesamtkapitalrentabilität, steigt die Eigenkapitalrentabilität. Ersetzen wir die Gesamtkapitalrentabilität aus dem privatwirtschaftlichen Bereich mit dem Begriff „Steigerung des Bruttoinlandsproduktes“, so stehen wir vor dem gleichen Phänomen, jetzt allerdings in einer Volkswirtschaft, das in der Betriebswirtschaftslehre als Hebelwirkung (neudeutsch: Leverage Effekt) ausführlich beschrieben wird: So lange die steigenden Steuereinnahmen aus einem steigenden Volkseinkommen (BIP) größer sind als die Zinszahlungen für die Staatsschulden, kann ein Staat bedenkenlos Schulden machen. Am Ende der Laufzeit eines Kredites ersetzt er den alten Kredit durch einen neuen. Die Differenz zwischen Wachstumsrate und Zinssatz (Zinsrate), steht ihm zur freien anderweitigen Verwendung zur Verfügung. Er kann sie zur Tilgung verwenden oder auch für andere Zwecke. Dann muß man die alte Schuld verlängern oder sie durch eine neue, gleich hohe, ersetzen.

Das Geschäft hat allerdings mehrere Haken: Erstens häuft der Staat einen stetig wachsenden Schuldenberg an, weshalb die Zinsbelastung als Summe stets wächst. Und zweitens können sich Zinssätze und Wachstumsraten ändern. Wenn die Zinssätze steigen und die Wachstumsraten sinken, dann bekommen diese Staaten ein Problem (ebenso wie die von „Heuschrecken“ mit viel Fremdkapital aufgekauften Unternehmen): Die Schuldenlast, die man gestern noch leicht tragen konnte, kann nicht mehr bezahlt werden. Das ist das Problem der Griechischen Regierung. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hat nicht nur die Wachstumsrate sinken lassen, das BIP war 2009 auch für Griechenland rückläufig. Die Griechische Regierung ist nun nicht einmal mehr in der Lage, die laufenden Zinsen zu bezahlen und solch lausigen Kunden verlängert das Finanzkapital natürlich auch nicht den Kredit. Für neue Kredite aber erhöht sich der Zins wegen des Verlustrisikos. Und den kann der hochverschuldete Staat auch nicht mehr bezahlen. Griechenland war zahlungsunfähig geworden und die über ein Jahrzehnt hintergangenen Euro-Partnerländer müssen jetzt Schulden und Zinsen übernehmen, obwohl die EU-Verträge dies ausdrücklich verbieten. Natürlich stellt sich die Frage, ob die Euro-Länder dies wirklich müssen.

1.5 Müssen die anderen Euro-Länder Griechenland wirklich frei kaufen?

Würde Griechenland tatsächlich zahlungsunfähig werden (ohne die Kredite der anderen Euro-Länder wäre das der Fall), müßten die bisherigen Gläubiger auf einen Großteil ihrer Forderungen verzichten. Von zumindest 50 Prozent war die Rede. Die größten Gläubiger (Banken, Versicherungen und Pensionsfonds) sitzen in Frankreich (75 Mrd. Euro) und Deutschland (45 Mrd. Euro). Sie haben ihren Einfluß auf ihre Regierungen ausgeübt – wie das in kapitalistischen Demokratien Usus ist. Sie haben bewirkt, daß die Euro-Länder die fällig werdenden Kredite der Finanzindustrie übernehmen.

Fürs erste ist Griechenland somit gerettet. Aber wenn die Staatskredite in drei oder vier Jahren fällig werden und Griechenland immer noch nicht zahlen kann, dann sind es nicht die Banken und Versicherungen, die vom Verlust betroffen werden, dann müssen die Euro-Länder ihre Forderungen gegenüber Griechenland abschreiben, dann tragen die Steuerzahler dieser Länder den Schaden. Die jetzige Rettung Griechenlands vor dem Bankrott hat also eine zweifache Umverteilung der Verluste zur Folge: Erstens von den eigentlichen Gläubigern, den internationalen Banken und Versicherungen auf die Steuerzahler der Euroländer. Da vor allem die französischen Finanzinstitute von der Umverteilung profitieren, muß man sagen, daß den deutschen Steuerzahlern auf diese Art

und Weise ein Großteil der Verluste aus Frankreich aufgehalst werden, was natürlich eine zweite Umverteilung darstellt – die aber außer den Slowaken⁹ – niemand bemerkt haben will. Dieser zweifachen Umverteilung der Staatsschulden ist bereits eine andere, von der Politik gewollte, Umverteilung vorausgegangen. Sie findet alljährlich statt, es ist eine Umverteilung der Einkommen, bei der die Gelder von den EU-Einzahlungsländern wie Deutschland oder den Niederlanden zu den EU-Empfängerländern wie Griechenland, Portugal oder Spanien fließen.

Die Verteilung der Lasten, bei der Deutschland die größte Bürde zu tragen hat, kann sich in den nächsten Monaten übrigens noch ändern, wenn andere hochverschuldete Länder wie Spanien, Portugal, Irland oder Italien aus der Geber-Liste ausscheiden sollten, weil ihnen selbst die Zahlungsunfähigkeit droht. Der Ärger über diesen „Zwangssoli“ ist nicht nur in Deutschland sehr groß, es rumort auch in anderen Ländern. Z. B. in der Slowakei und in Slowenien. Auch sie müssen auch für Griechenland ihren „Solidarbeitrag“ leisten, obwohl ihr Pro-Kopf Einkommen erheblich niedriger ist als das der Griechen. Richard Sulík, der Vorsitzende der liberalen slowakischen Partei (SaS) brachte es auf den Punkt, als er sagte, „*Es sei nicht die Aufgabe der Slowaken, die Gewinne deutscher und französischer Banken zu retten. Unserer Bevölkerung ist sehr schwer zu erklären, warum wir jetzt fast eine Milliarde Euro berappen müssen, um unter dem Vorwand der Solidarität ein Land zu retten, in dem die Gehälter dreimal und die Renten viermal höher sind als in der Slowakei*“.¹⁰ Die durch Griechenland ausgelöste Euro-Krise trifft also nicht nur die begüterten Länder, sondern auch die armen, die sich auch vom Euro sehr große Vorteile erwartet hatten.

Jetzt ist es die vornehmste Aufgabe der EU-Kommission und aller Regierungen in den Euro-Ländern, die Bürger ruhig zu stellen, damit sie nicht ebenso wie die Griechen auf die Straße gehen. Schauen wir uns an, wie das „Ruhigstellen“ in Deutschland geschieht. Beliebt sind bei den „Euro-Einpeitschern“ aus den Blockparteien die Phrasen wie „*ewiger Friede und die Beendigung der Erbfeindschaften*“, ebenso die „*Begründung einer Schicksals- und Solidargemeinschaft*“, die uns der Euro angeblich bringe. Für die Solidargemeinschaft war allerdings die Haftung für Staatsschulden oder gar für absichtsvolle Bilanzfälschungen ausdrücklich ausgeschlossen. Die größte Bedeutung erlangt momentan die These, daß „*Europa nur durch den Zusammenschluß und den Euro den Herausforderungen der Zukunft im Wettbewerb mit den aufstrebenden Staaten der Welt bestehen kann*.“ Daß eine Gemeinschaft und auch die starken Mitglieder der Gemeinschaft durch die Schwachen geschwächt nie stark werden kann, wollen diese Herolde nicht wahr haben, obwohl die Geschichte und die Lebenserfahrung dies immer wieder gelehrt hat. Das neueste und zugleich tollste Argument, das die Runde macht, lautet aber: „*Der Euro und damit Europa seien in Gefahr, von den bösen Spekulanten ausgelöscht zu werden*“. Da dieses Argument vielen Bürgern – auch in Deutschland – einleuchten mag, wollen wir es genauer anschauen:

Es wird nur wenige geben, denen das Treiben der Spekulanten nicht seit langem ein Dorn im Auge wäre. Natürlich müßte gegen die internationalen Spekulanten endlich etwas unternommen werden. Doch das widerspricht den Interessen des Finanzkapitals in USA und England und damit auch den politischen Eliten dieser Länder, denn die beiden Volkswirtschaften haben an diesen Spekulationsgeschäften großartig verdient. Das Gezeter der europäischen Politgrößen soll nur den Anschein erwecken, als könne oder

⁹ worauf anschließend noch verwiesen wird.

¹⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.05.2010 Seite 6.

werde man etwas dagegen tun. Im vorliegenden Fall muß man darüber hinaus einräumen, daß es nicht die Spekulanten waren, die den Brand gelegt haben. Das haben jene Länder und Regierungen getan, die von der EU und ihren Organen daran nicht gehindert wurden, Schulden anzuhäufen, die sie jetzt nicht mehr bezahlen können. Die Spekulanten haben sogar aufgezeigt und an den Tag gebracht, was die Politmacher mit allen Mitteln verbergen wollten – daß der Euro nicht funktioniert! Und das erklärt die Wut der Politiker.

Weiterhin muß festgestellt werden, daß Europa weder die EU ist, noch identisch ist mit dem Euro. Europa ist ein Erdteil mit all seinen Völkern unterschiedlichster Herkunft, Sprache, Rasse und Geschichte. Diese sollen nach dem Willen der EU-Ideologen, die später zu Euro-Ideologen mutierten, gewaltsam in einem europäischen Einheitsstaat zusammengepfert werden. Den Völkern wird weis gemacht, daß es ihnen allen dadurch besser gehe. Auf den ersten Blick hin schien das auch möglich zu sein. Jetzt hat aber der Euro – das angebliche Wundermittel zum Gelingen der Völkerverschmelzung (Integration) – das Gegenteil bewiesen: Animositäten, die es zuvor nicht gab, wurden erzeugt! Und trotzdem beharren die Europa-Fanatiker immer noch auf der Fortführung ihres Projektes? Aus den Unterschieden zwischen den Völkern und Kulturen Europas sind jene wissenschaftlichen und kulturellen Höchstleistungen erwachsen, die allen Menschen der Erde zugute gekommen sind. Die Borniertheit, all die Völker und Kulturen und sogar die Menschen gleich machen zu wollen, entspringt dem kranken Lebens- und Menschenbild, das auch dem Kommunismus innewohnte. Der Euro war und ist Ausdruck dieser fixen Idee der Gleichmachung und Zwangsintegration, die eine Politgeneration des vergangenen Jahrhunderts verinnerlicht hatte, und die sie den Menschen unserer Zeit mit aller Gewalt aufnötigen wollen. **Koste es was es wolle!**

Es ist an der Zeit, daß diese Generation und ihr unheilvolles Wirken aus dieser Welt wieder verschwindet. Sie selbst sind nicht bereit, ihren Irrweg einzusehen und den eingeschlagenen Weg wieder zu verlassen. Hinter der Gleichmacherei mit Hilfe des Euro haben nicht wenige Politiker aus den gesellschaftlichen Eliten europäischer Länder ihre national-egoistischen materieller Vorteilsnahmen durchgeboxt. Den deutschen Politgrößen dagegen gebot eine tief verinnerlichte Bußegesinnung einer entkernten Nachkriegsgeneration den Verzicht auf die ureigensten Souveränitätsrechte, die alle anderen Völker als selbstverständlich erachten.

Diese Zeiten nähern sich dem Ende und das ist gut so!

© www.hpatzak.de 15.05.2010

Die Beschleunigung des Euro-Absturzes nimmt täglich zu. Der Fortgang und seine Dramatik, die ökonomischen Hintergründe und die Folgen werden deshalb in den nächsten Tagen und Wochen auf dieser Weltnetzseite laufend und in kürzeren zeitlichen Abständen analysiert. Sie finden diese auf der Unterseite „Analysen“. Die nächsten Themen: „Warum Josef Ackermann Recht behalten wird mit der Prognose, daß Griechenland seine Schulden nicht zurückzahlen kann“. „Warum die Staatsschuldenkrise die anderen PIIGS – Staaten mitreißen wird“. „Wie die Regierungen der Euro-Länder ihren Bürgern der Euro-Länder die Verluste der internationalen Finanzindustrie aufladen“.